V-16

Machtmissbrauch und Sexismus im Kulturbetrieb bekämpfen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

48. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Bonn, 14. - 16. Oktober 2022

Gremium:	BAG Kultur
Beschlussdatum:	01.09.2022
Tagesordnungspunkt:	Verschiedenes (nicht gerankt)

Antragstext

Kultur ist mehr als ein nice-to-have, sondern der Ort, an dem wir die Zusammenhänge unserer Gesellschaft, ihre Werte, Handlungsmodelle, Fragen und Hoffnungen verhandeln. Gesellschaftlicher Kulturwandel (Wer spricht? Wer wird gehört? Wie werden Themen verhandelt) hat mit der Kultur zu tun, mit der wir uns identifizieren, die uns berührt und über die wir kommunizieren.

Wer Akteur*in von Kultur ist, wessen Perspektiven gehört werden, ist eine Frage der Demokratie.

Häufig sind jedoch Zugänge noch stark patriarchal geprägt. Besonders in Institutionen, in denen es wenig überprüfbare Regelungen gibt, kommt es immer wieder zu Machtmissbrauch, wie zuletzt die Vorgänge in Bayreuth zeigten. Auf ein echtes #metoo im Kulturbetrieb, wie es in den USA nach dem Öffentlichwerden der Vorfälle um Harvey Weinstein kam, wartet der deutsche Kulturbetrieb noch immer.

Zudem beträgt der durchschnittliche Gender-Pay-Gap in der Kultur 24%. Führungspositionen sind überwiegend von Männern besetzt.

Der Zugang zu individueller und projektbezogener Förderung ist derzeit nicht geschlechtergerecht. Dies gilt gleichermaßen für Arbeits- oder Aufenthaltsstipendien, dotierte Preise und Auszeichnungen sowie die Verwirklichung von Projekten durch finanzielle Zuschüsse.

1) Machtmissbrauch bekämpfen – strukturelle Abhängigkeitsverhältnisse abbauen

Machtmissbrauch verfestigt überkommene gesellschaftliche Machtstrukturen und hemmt die Entfaltung künstlerischer Arbeit.

Viele Bedingungen zu Machtmissbrauch entstehen auch durch die extrem unsicheren Arbeitsbedingungen und befristeten Beschäftigungsverhältnisse.

Eine weitere ist die Macht einiger Akteur*innen, Karrieren zu verhindern oder zu fördern in einem Beschäftigungsfeld, in dem die meisten eine hohe intrinsische Motivation und Leistungsbereitschaft mitbringen, besonders, wenn prekäre Beschäftigungen auf finanziell und strukturell abgesicherte und damit mächtigere Strukturen stoßen, wie z.B. in Theatern oder Medienhäusern.

Eine Grundlage für Machtmissbrauch im Kulturbetrieb sind Strukturen, die Leitungspersonen mit einer großen Machtfülle ausstatten und so künstlerisch Beschäftigte in ein starkes Abhängigkeitsverhältnis bringen.

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich gleichermaßen für Maßnahmen ein, die in den bestehenden Strukturen Machtmissbrauch so weit wie möglich eindämmen, wie auch für eine tiefgreifende Transformation in mit öffentlichen Mitteln geförderten Kulturinstitutionen

- **regelmäßige externe Mediationen**

Bündnis 90/Die Grünen fordern, dass für aus öffentlichen Mitteln geförderte Institutionen regelmäßig mindestens einmal im Jahr eine externe Mediation/ein Coaching durchgeführt werden soll, um Anliegen der verschiedenen Ebenen zur Sprache zu bringen und nach und nach eine Basis für respektvolle Kommunikation zu schaffen. Die dafür nötigen Gelder sollen in den Fördertöpfen der Institutionen zweckgebunden eingestellt werden.

Die Auswahl der Mediator*innen/Coaches soll mit den jeweiligen Mitarbeitendenvertretungen abgestimmt werden.

Zusätzlich soll einrichtungsnah eine Ombudsstelle als erste Anlaufmöglichkeit eingerichtet werden und Anlaufstellen wie Themis für den Theaterbereich auch für andere Sparten eingeführt werden.

- **verbindliche Verhaltenskodizes bei Verträgen von mit öffentlichen Mitteln geförderten Institutionen**

Einige Häuser und Branchen haben bereits Verhaltenskodizes entwickelt, die für die Bereiche Machtmissbrauch und Diskriminierung verbindliche Regulierungen schaffen.

Bündnis 90/Die Grünen fordern, dass auf dieser Basis entwickelte Verhaltenskodizes verbindlicher Bestandteil von Verträgen in mit öffentlichen Geldern geförderten Institutionen werden.

Zusätzlich soll es für alle Einrichtungen eine externe Beschwerdestelle geben, so dass diese Vereinbarungen auch überprüfbar sind.

- **Stärkung der Mitarbeitendenvertretungen**

Bündnis 90/Die Grünen fordern die Stärkung der Mitarbeitendenvertretung an institutionell geförderten Einrichtungen durch Kündigungsschutz und Angleichung an die Rechte von Personalräten und eine externe, von der Hausleitung unabhängige Anlaufstelle im Fall von Konflikten.

- **Transparente und partizipative Besetzungsverfahren von Leitungspositionen im Kulturbetrieb**

Leitungspositionen öffentlich geförderter Kulturbetriebe sollen grundsätzlich nach überprüfbar transparenten Verfahren unter maßgeblicher Einbeziehung der Mitarbeitenden besetzt werden. Als wertvolle erste Hilfestellung für die Gestaltung der Findungsverfahren kann die vom Dramaturgie-Netzwerk erarbeitete Handreichung dienen.

- **Prekäre Beschäftigung im Kulturbetrieb auflösen**

Bündnis 90/Die Grünen setzen sich gegen prekäre Praktika als Grundvoraussetzung für künstlerische Beschäftigung und gegen Scheinselbständigkeit ein. Befristete Kettenverträge für künstlerisch Beschäftigte sollen die Ausnahme, nicht mehr die Regel sein.

2) Förderstrukturen überprüfen

Viele Ausschreibungen und Preise sind an die Altersgrenze 35 geknüpft. Dies benachteiligt Personen, die nicht aus akademischen Haushalten stammen, weniger finanzielle Sicherheit im Rücken haben und darum erst andere Ausbildungs- und Arbeitswege einschlagen und Menschen, die Care-Arbeit leisten.

- **diskriminierende Altersgrenzen abschaffen**

Bündnis 90/Die Grünen fordern die Abschaffung der Altersgrenze 35 bei der Ausschreibung öffentlich geförderter Preise und Stipendien.

Explizite Neueinsteiger*innenpreise können stattdessen an eine Höchstdauer der bisherigen künstlerischen Aktivität von z.B. 5 oder 10 Jahren geknüpft werden.

Altersspezifische Ausschreibungen sollen weiterhin möglich sein, allerdings auch für andere Altersspannen.

- **Stipendien für Menschen mit Care-Verpflichtungen ermöglichen**

Bündnis 90/Die Grünen fordern die Vergabe von Stipendien vergeben, die von zuhause aus wahrgenommen werden können. Bei Residenzstipendien soll die Unterbringung von Familien erlaubt sein (anders als derzeit in renommierten von öffentlichen Geldern finanzierten Institution wie der Villa Aurora in Los Angeles) und eine Kooperation mit lokaler Kinderbetreuung/Schule organisiert werden (Positiv-Beispiel Villa Massimo/Rom).

3) Erste Schritte zum Schließen des Gender-Pay und Entscheidungsträgerinnen-Gaps

Bündnis 90/Die Grünen fordern schon lange die paritätische Besetzung von Jurys und Gremien im Rahmen von öffentlichen Förderungsentscheidungen, die Besetzung von Führungspositionen im Kulturbetrieb mit mehr Frauen und Maßnahmen gegen den Gender Pay Gap. Diese Besetzungen sind immer intersektional zu denken.

- **Gelder und Posten quotieren**

Wenn öffentliche Gelder Verwendung finden, wie bei der Besetzung von Intendanzen und Führungspositionen an Institutionen, aber auch in der Besetzung der programmentscheidenden Positionen auf unteren Ebenen, sollen diese Gelder und Posten mindestquotiert vergeben werden. Dabei ist die intersektionale Perspektive mitzudenken.

Das gilt ausdrücklich auch für die Bezahlung, so dass nicht schlechter bezahlte Positionen an Frauen/weniger vertretene Gruppen und höher dotierte an Männer vergeben werden. Dafür ist eine Transparenz bei der Vergütung notwendig.

Bündnis 90/Die Grünen fordern weiterhin die Mindestquotierung von Geldern und Positionen auch für Jurybesetzungen, Preisvergaben, Stipendien und Moderationen, die von öffentlichen Geldern finanziert werden.

4) Öffentlichkeitswirksame Preise

Die Vergabe an Aufmerksamkeit und Rezeption im Kunstbetrieb folgt immer noch stark patriarchal geprägten Traditionen.

Auch der Deutsche Kulturrat hat in seiner Studie zum gender pay gap von 2020 festgestellt, dass neben dem Gender-Pay-Gap ein Gender-Show-Gap existiert, der sich auf die Relevanzwahrnehmung und ökonomisch auswirkt

Erfahrungen im anglophonen Bereich mit hochdotierten Preisen wie dem Women's Prize for Fiction verschieben diese Aufmerksamkeitstraditionen.

Eine weitere Form der Diskriminierung, die Frauen besonders im Kulturbetrieb trifft, ist Altersdiskriminierung. Eine positive Rolle, die in den Kunstbetrieb hineinwirkt, hat der Gabriele-Münter-Preis in der Bildenden Kunst für ältere Frauen.

- **Aufmerksamkeitsökonomie diversifizieren**

Bündnis 90/Die Grünen fordern die Schaffung hochdotierter Preise aus öffentlichen Kassen für Frauen in allen Kunstsparten, die sich gegen Altersdiskriminierung wenden, analog dem renommierten Gabriele-Münter-Preis, der sich ausschließlich an Frauen über 40 richtet..

Da es um eine lenkende Funktion in der Aufmerksamkeitsökonomie geht, sollen die Preisvergaben mit einer medienwirksamen Longlist, Shortlist und Preisverleihung unter Anwesenheit prominenter Schirmherr*innen ausgerichtet werden.

Begründung

weiterführende Links

https://www.gruene-bundestag.de/themen/kultur

https://www.gruene-bundestag.de/parlament/bundestagsreden/geschlechtergerechtigkeit-in-kultur-und-medien

https://www.kulturrat.de/positionen/forderungskatalog-zur-herstellung-von-geschlechtergerechtigkeit-in-kultur-und-medien/

https://www.kulturrat.de/presse/pressemitteilung/gender-pay-gap-ein-armutszeugnis-fuer-den-kulturbereich/?print=pdf

https://www.pro-quote.de

https://ensemble-netzwerk.de/drnw/about/intendanzfindung/

Konkrete Situation am Beispiel Literatur

https://blog.buecherfrauen.de/keynote-von-zoe-beck-sexismus-in-der-buchbranche/

Ausblick - nächste Schritte: Generelle Vielfalt im Kulturbetrieb und Datenerhebung

https://kupoge.de/blog/2021/09/15/mit-datenerhebung-veraenderungen-anstossen-fuer-einen-gerechteren-kulturbetrieb/